

2024 – 2029



# WILLKOMMEN BEI DER **DMER**

Delegation für die Beziehungen zum Mercosur

## SPRACHFASSUNGEN

Diese Veröffentlichung ist in den Sprachen English (Original), Französisch, Deutsch, Portugiesisch und Spanisch verfügbar.

## ÜBER DEN HERAUSGEBER

Verfasser der Veröffentlichung: Europäisches Parlament

Zuständige Dienststelle:

Generaldirektion Externe Politikbereiche der Union

Referat Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit:

[dgexpo-communication@europarl.europa.eu](mailto:dgexpo-communication@europarl.europa.eu)

Redaktionsschluss: Mai 2024

© Europäische Union 2024 – Quelle: Europäisches Parlament

Gemäß den Urheberrechtsbestimmungen im [rechtlichen Hinweis](#) auf der Website des Europäischen Parlaments ist die Weiterverwendung dieses Dokuments mit Quellenangabe gestattet.



## HAFTUNGSAUSSCHLUSS

Dieses Dokument wurde für die Mitglieder und Bediensteten des Europäischen Parlaments erarbeitet und soll vorrangig ihnen als Hintergrundmaterial für ihre parlamentarische Arbeit dienen.

Die hier vertretenen Auffassungen entsprechen nicht unbedingt dem offiziellen Standpunkt des Europäischen Parlaments.

# **Willkommen bei der Delegation für die Beziehungen zum Mercosur (DMER)**

## **Einführung**

## **Zusammensetzung und Arbeitsmethoden**

## **Beziehungen zwischen der EU und dem Mercosur und politische Prioritäten in der Wahlperiode 2019–2024**

## **Unterstützung der EU im Hinblick auf die Integration des Mercosur und Aushandlung eines Assoziierungsabkommens zwischen der EU und dem Mercosur**

## **Lage in Venezuela und Standpunkt des Europäischen Parlaments**

## **Überblick über die biregionalen Beziehungen und Ausblick auf die neue Wahlperiode (2024–2029)**

## **Nützliche Websites und Quellen**

## **Kontakt zum Sekretariat der Delegation**

## Einführung

Die Delegation für die Beziehungen zum Mercosur ist für die Beziehungen zum Mercosur und seinen Mitgliedstaaten Argentinien, Brasilien, Paraguay, Uruguay und Venezuela<sup>1</sup> zuständig.

Für die parlamentarischen Beziehungen zu Argentinien, Paraguay und Uruguay gibt es keinen institutionalisierten Rahmen, weil in den zu Beginn der 1990er Jahre mit diesen Ländern geschlossenen Kooperationsabkommen keine parlamentarischen Beziehungen zwischen den Gesetzgebungsorganen vorgesehen sind. Da es kein Assoziierungsabkommen zwischen der EU und dem Mercosur gibt, existieren für die Beziehungen zwischen den beiden Seiten auch keine institutionellen Strukturen – im Gegensatz zu anderen lateinamerikanischen Ländern oder Regionen, die Assoziierungsabkommen mit der EU geschlossen haben.

Im Februar 2015 schlug der Vorsitzende der Delegation allerdings während des Besuchs der DMER in Paraguay die Einrichtung eines parlamentarischen Ausschusses für freundschaftliche Beziehungen zwischen Paraguay und der EU vor, zumal über einen solchen Ausschuss die Möglichkeiten der parlamentarischen Diplomatie wirksamer genutzt werden könnten. Der Nationalkongress Paraguays beschloss im Mai 2016, ein entsprechendes Gremium einzurichten.

Und auch die venezolanische Nationalversammlung richtete im November 2016 eine interparlamentarische Gruppe für freundschaftliche Beziehungen mit der EU ein. Aufgrund der Lage in Venezuela ist jedoch bislang noch kein Treffen bzw. Besuch von Vertretern der beiden Parlamente zustande gekommen.

Das Parlament des Mercosur, auch Parlasur genannt, wurde im Mai 2007 in Montevideo gegründet, und das erste interparlamentarische Treffen mit dem Europäischen Parlament fand im Mai 2008 in Brüssel statt. Im März 2023 richtete das Parlasur eine Delegation mit Mitgliedern des Präsidiums ein, die es beim Europäischen Parlament vertritt. Diese Mitglieder nahmen zusammen mit anderen Vertretern des Parlasur an dem interparlamentarischen Treffen Parlasur-DMER im Juni 2023 teil. Bei den Beziehungen zwischen dem Europäischen Parlament und dem Parlasur geht es u. a. um politischen Dialog, technische Zusammenarbeit und den Austausch von Informationen.

Das Parlasur setzte ferner im November 2021 einen nichtständigen Ausschuss zur Begleitung des biregionalen Assoziierungsabkommens EU-Mercosur ein. Dabei handelt es sich um eine spezielle Arbeitsgruppe des Parlasur unter dem Vorsitz des Abgeordneten Arlindo Chinaglia (Brasilien). Sie soll sich in erster

---

<sup>1</sup> Gemäß Artikel 5 Absatz 2 des Protokolls von Ushuaia sind alle mit ihrem Status als Vertragsstaat des Mercosur verbundenen Rechte und Pflichten der Bolivarischen Republik Venezuela ausgesetzt.

Der Plurinationale Staat Bolivien führt derzeit das Ratifizierungsverfahren für seinen Beitritt zum Mercosur durch.

Linie mit der Initiative mit Blick auf das Assoziierungsabkommen EU-Mercosur auseinandersetzen, die Maßnahmen der Regierungen der Mercosur-Länder und der EU im Zusammenhang mit der technischen Überarbeitung des Abkommens verfolgen und gute Beziehungen zu den nationalen Parlamenten und den internationalen parlamentarischen Organisationen des Mercosur und der EU fördern.

Mit der Entschließung des Europäischen Parlaments vom 12. März 2014 wurde eine Delegation für die Beziehungen zur Föderativen Republik Brasilien eingerichtet. Die Grundlage für die Stärkung der Beziehungen mit dem Land und für die Einrichtung einer eigenen EU-Delegation für Brasilien bildeten der Abschluss einer strategischen Partnerschaft zwischen der EU und Brasilien im Jahr 2007 und die Einrichtung einer Gruppe Brasilien-EU im brasilianischen Nationalkongress 2008, die als Gegenstück zur DMER dienen sollte. Die EU-Delegation für Brasilien war maßgeblich am Ausbau der parlamentarischen Beziehungen und an der Begleitung des gemeinsamen Aktionsplans beteiligt, der im Rahmen der strategischen Partnerschaft EU-Brasilien ins Leben gerufen wurde. Deshalb empfiehlt es sich, den Verantwortungsbereichen der jeweiligen Delegationen gebührende Aufmerksamkeit zu schenken.

## Zusammensetzung und Arbeitsmethoden

Die DMER setzt sich aus 19 Mitgliedern und ebenso vielen stellvertretenden Mitgliedern zusammen.

In der vorangegangenen Wahlperiode (2019–2024) führte Jordi Cañas (Renew, Spanien) den Vorsitz in der DMER. Mónica Silvana González (PPE, Spanien) und Stelios Kouloglou (The Left, Griechenland) hatten das Amt der ersten bzw. des zweiten stellvertretenden Vorsitzenden inne.

Die DMER hält regelmäßige Sitzungen in Brüssel und Straßburg ab, um Fragen zur politischen, wirtschaftlichen und sozialen Situation in der Weltregion zu besprechen, für die sie zuständig ist. Im Mittelpunkt der Sitzungen stehen Fragen von bilateralem oder regionalem Interesse wie die Verhandlungen zwischen der EU und dem Mercosur über den Abschluss eines Assoziierungsabkommens, der Prozess der regionalen Integration im Mercosur oder aktuelle internationale Themen, die sowohl die Länder des Mercosur als auch die Mitgliedstaaten der EU betreffen. Darüber hinaus können solche Sitzungen auch dazu genutzt werden, die Lage in einem bestimmten Mercosur-Land zu analysieren, wozu Vertreter aus Politik und Diplomatie, der Gewerkschaften oder der Zivilgesellschaft dieses Landes bzw. dieser Region sowie Vertreter anderer EU-Organe eingeladen werden. Daher wird in der Regel auch der für den Mercosur oder das jeweilige Land zuständige Bedienstete des Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD) zu den Sitzungen der Delegation hinzugezogen. Fernerhin werden Bedienstete, die sich mit den erörterten Themen befassen, insbesondere Vertreter der Generaldirektionen Handel und

Internationale Partnerschaften der Kommission, zu den Sitzungen der DMER gebeten.

Außerdem erhält das Europäische Parlament häufig Besuche von Delegationen aus verschiedenen Ländern, wenn auch in unregelmäßigen Abständen (was insbesondere in der vergangenen Wahlperiode durch die COVID-19-Pandemie bedingt war). In der neunten Wahlperiode (2019–2024) konnte die DMER den damaligen Präsidenten des Parlasur Tomás Bittar Navarro und die anderen Mitglieder des Präsidiums des Parlasur sowie die Botschafter der Mitgliedstaaten des Mercosur bei der EU empfangen.

Gemäß den Durchführungsbestimmungen zu den Tätigkeiten der Delegationen darf die DMER jedes Jahr interparlamentarische Treffen in mehr als einem Mercosur-Land organisieren<sup>2</sup>, da sie für mehr als ein Land zuständig ist.

Auf dem Programm der Reisen stehen in der Regel Treffen mit Mitgliedern der Regierung und dem Gesetzgeber sowie mit Vertretern von politischen Parteien, Arbeitgeberverbänden, Gewerkschaften, Hochschulen, der Presse und der Zivilgesellschaft, wobei besonderes Augenmerk auf Organisationengelegt wird, die sich für den Schutz und die Förderung der Menschenrechte, für Entwicklung und für die Umwelt einsetzen. Darüber hinaus sind auch Arbeitstreffen mit Botschaftern der Mitgliedstaaten der EU und Besuche bei von der EU finanzierten Projekten vorgesehen.

## **Beziehungen zwischen der EU und dem Mercosur und politische Prioritäten in der Wahlperiode 2019–2024**

Die Beziehungen zwischen der EU und dem Mercosur standen in den letzten Jahren im Zeichen von zwei Schwerpunktbereichen: den Verhandlungen über das Assoziierungsabkommen EU-Mercosur und der politischen, wirtschaftlichen, sozialen und humanitären Krise in Venezuela. Die DMER hat diese Fragen ebenfalls berücksichtigt und sie mit den Gesprächspartnern aufseiten des Mercosur bei in ihren Sitzungen und Reisen erörtert.

Bei ihren Sitzungen in Brüssel befasste sich die DMER neben der Debatte über die politische, wirtschaftliche und soziale Lage in den einzelnen Ländern des Mercosur und den Maßnahmen der EU in diesen Ländern, auch im Bereich der Zusammenarbeit, mit spezifischen Aspekten des Assoziierungsabkommens EU-

---

<sup>2</sup> Bezogen auf einen Zeitraum von zwei Kalenderjahren darf die Gesamtzahl der Mitglieder, die zur Teilnahme an Reisen der Delegation für die Beziehungen zum Mercosur (DMER) in den/die betreffenden Drittstaat(en) berechtigt sind, 75 % der Gesamtzahl der ordentlichen Mitglieder der Delegation nicht überschreiten (Beschluss der Konferenz der Präsidenten vom 29. Oktober 2015). Für die Zwecke dieser Berechnung umfasst daher jede Wahlperiode zwei Zeiträume von zwei Kalenderjahren.

Reisen, die gemäß Artikel 8 (der Durchführungsbestimmungen zu den Tätigkeiten der Delegationen) von einer ständigen interparlamentarischen Delegation in einen Drittstaat oder mehrere Drittstaaten unternommen werden, sind grundsätzlich in den im Kalender des Parlaments für externe parlamentarische Aktivitäten vorgesehenen Wochen (Wahlkreiswochen) durchzuführen.

Mercosur. Dazu gehörten Themen wie die Abholzung des Regenwalds im Amazonas, der Zugang zu kritischen Mineralien und die Gleichstellungspolitik in den Mercosur-Ländern.

Die DMER beobachtete zudem den Wahlablauf in den Ländern des Mercosur und diskutierte über die Wahlen in den verschiedenen Ländern in ihren Zuständigkeitsbereich. Da die EU eine Wahlbeobachtungsmission zur Präsidentschaftswahl in Paraguay am 30. April 2023 entsandte, schloss sich ihr eine Sonderdelegation des Europäischen Parlaments an.

In der neunten Wahlperiode besuchte die DMER [Paraguay und Uruguay](#) (19. bis 23. September 2022) sowie [Argentinien](#) (18. bis 21. Dezember 2023). Bei diesen Reisen drehten sich die Gespräche neben der Analyse der bilateralen Beziehungen zwischen der EU und dem jeweiligen Land auch um die Aushandlung des Assoziierungsabkommens EU-Mercosur, den Ausbau der Beziehungen zwischen den Regionen, insbesondere auf der Grundlage der Schlussfolgerungen des dritten Gipfeltreffens EU-CELAC im Juli 2023, die entscheidende Rolle, die die parlamentarische Diplomatie bei der Vertiefung der Beziehungen zwischen den Partner auf beiden Seiten des Atlantiks spielen kann sowie um die Festigung der interparlamentarischen Zusammenarbeit. Auch Themen wie der wachsende Einfluss Chinas auf die Handelsbeziehungen und die politischen Systeme in Lateinamerika im Allgemeinen und insbesondere auf dem südamerikanischen Kontinent wurden erörtert. Weitere Diskussionsthemen waren der Drogenhandel, Korruption, Terrorismus, Migrationsfragen und die Zusammenarbeit zwischen der EU und den Ländern der Region.

Während der vorausgegangenen letzten Wahlperiode gelang es, die Beziehungen zwischen dem Europäischen Parlament und dem Parlasur zu festigen, und zwar im Rahmen des Zusammentreffens der DMER und des Präsidiums des Parlasur im Europäischen Parlament im Juni 2022 und des Treffens am Sitz des Parlasur in Montevideo im September 2022 sowie während des [interparlamentarischen Treffens](#) DMER-Parlasur am 5. Juni 2023 in Brüssel. Damit wurde der Weg für engere Beziehungen zwischen den beiden Parlamenten und neue Vorgehensweisen in der administrativen und technischen Zusammenarbeit geebnet.



## **Unterstützung der EU im Hinblick auf die Integration des Mercosur und Aushandlung eines Assoziierungsabkommens zwischen der EU und dem Mercosur**

Die EU unterstützt den Integrationsprozess des Mercosur seit dessen Gründung im Jahr 1991. Am 25. Mai 1992 wurde ein Abkommen über interinstitutionelle Zusammenarbeit geschlossen, um dem Mercosur mit den in Europa im Bereich der regionalen Integration gesammelten Erfahrungen zur Seite zu stehen. Dieses Abkommen bot den Rahmen für eine intensive Zusammenarbeit und für zahlreiche Kontakte zwischen den Behörden beider Regionen. Im Dezember 1995 unterzeichneten die EU und der Mercosur ein Interregionales Rahmenabkommen über die Zusammenarbeit. Der provisorische und entwicklungsorientierte Charakter des Abkommens wurde bewusst gewählt, um die Beziehungen zwischen den beiden Regionen zu stärken und in der Zukunft eine biregionale wirtschaftliche und politische Partnerschaft aufzubauen.

In diesem Sinne nahmen die EU und der Mercosur im Jahr 2000 Verhandlungen über die Unterzeichnung eines Assoziierungsabkommens auf, das sich auf die drei Säulen politischer Dialog, Zusammenarbeit und Errichtung einer Freihandelszone stützte. Aufgrund beträchtlicher Divergenzen zwischen den europäischen und den lateinamerikanischen Verhandlungsführern in Bezug auf das Handelskapitel wurden die Verhandlungen jedoch 2004 ausgesetzt. Der weiteren Förderung der politischen Beziehungen stand das allerdings nicht entgegen, und die Bedeutung eines Assoziierungsabkommens zwischen der EU und dem Mercosur wurde seitdem mehrfach betont (5. Gipfeltreffen EU-Lateinamerika/Karibik 2008, Lima und 4. Gipfeltreffen Mercosur-EU, 2010, Madrid).

Im Mai 2016 wurden die Verhandlungen zum Abschluss eines Assoziierungsabkommens zwischen der EU und dem Mercosur daher wieder aufgenommen, wozu man Angebote austauschte und eine neue Verhandlungsrunde abhielt. Bei den Verhandlungen über das Handelskapitel des Abkommens ging es um grundlegende Fragen, etwa Zölle, Ursprungsregeln, technische Handelshemmnisse, Hygienemaßnahmen und pflanzenschutzrechtliche Maßnahmen, Handel mit Dienstleistungen, öffentliche Aufträge, Ursprungsbezeichnungen, geistiges Eigentum und Normen für kleine und mittlere Unternehmen (KMU).

Nach 38 Verhandlungsrunden, wobei die letzte im März 2019 stattfand, wurde eine Annäherung der Standpunkte erzielt. Daraufhin konnte am 27./28. Juni 2019 ein Ministergipfel in Brüssel abgehalten werden, auf dem beide Parteien der Verabschiedung der handelspolitischen Säule des Assoziierungsabkommens EU-Mercosur zustimmten. Dieses Ergebnis wurde auf dem G20-Gipfel in Osaka am 30. Juni 2019 verkündet, während die



Verabschiedung der Säule Politik und Zusammenarbeit ein Jahr später bekannt gegeben werden konnte.

Neue Fragen bezüglich des Umweltschutzes, insbesondere im [Amazonas-Gebiet](#), und der Einhaltung der EU-Vorschriften über Sorgfaltspflichten und soziale Verantwortung der Unternehmen durch den Mercosur sowie das Aufkommen protektionistischer Interessen in einigen Mitgliedstaaten der EU haben den Prozess der Annahme des Abkommens jedoch zum Stillstand gebracht. Die Kommission versuchte, die Pattsituation zu lösen, indem sie im März 2023 zusätzliche Verpflichtungen ausarbeitete, vor allem zu Umweltfragen, um diese dem Abkommen als Anhang beizufügen, doch die Mercosur-Staaten regierten mit Vorbehalten. Meinungsverschiedenheiten zwischen Staaten der beiden Regionen in Bezug auf die politische Chance und Richtung der Verhandlungen, die Abhaltung mehrerer Wahlen in den Ländern der EU und des Mercosur und dem Abkommen zuwiderlaufende politische Erklärungen haben dazu geführt, dass das Abkommen fünf Jahre nach Abschluss der Verhandlungen immer noch nicht angenommen wurde.

Dennoch sprechen bestimmte Faktoren – wie die durch die COVID-19-Pandemie und den russischen Einmarsch in die Ukraine entstandene neue geopolitische Lage, die notwendige Diversifizierung der Versorgung mit kritischen Mineralien, Energie und Lebensmitteln, die Chance auf engere Beziehungen zu demokratischen und stabilen Ländern und die zunehmende Präsenz anderer Weltmächte in Südamerika – für eine Stärkung der Beziehungen zwischen dem Mercosur und der EU, die zusammen etwa 25 % des weltweiten BIP ausmachen und einen Markt mit 780 Millionen Menschen bieten. Die EU ist die zweitgrößte Handelspartnerin und wichtigste Investitionspartnerin des Mercosur, während dieser der achtgrößte Handelspartner der EU ist. Mit dem Inkrafttreten des Assoziierungsabkommens EU-Mercosur würde das Netz der EU aus Assoziierungsabkommen mit allen Ländern Lateinamerikas und der Karibik komplettiert. Damit würde auch eine der größten Freihandelszonen der Welt entstehen. Die ausgehandelten Zollermäßigungen würden über einen Zeitraum von 15 Jahren gestaffelt werden, allerdings asymmetrisch zugunsten des Mercosur. Das Abkommen bezieht sich jedoch nicht nur auf Handelsfragen, sondern umfasst auch Säulen zu Politik und Entwicklung und ein Kapitel zu Institutionen, das unter anderem **neue Impulse für die parlamentarische Dimension der bilateralen Beziehungen setzen würde.**

## Lage in Venezuela und Standpunkt des Europäischen Parlaments

Venezuela hat unter dem Regime von Nicolás Maduro mit einer schweren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Krise zu kämpfen. Die anhaltende Verschlechterung der Lage hat einen humanitären Notstand ausgelöst, von der ein Großteil der Bevölkerung betroffen ist, und mehr als sieben Millionen Bürgerinnen und Bürger zur Abwanderung in andere Länder gezwungen, was sich auf regionaler Ebene destabilisierend auswirken könnte.

Die Beziehungen zu Venezuela waren während der letzten Amtszeit des verstorbenen Präsidenten Hugo Chávez teilweise ausgesetzt worden. Unter seinem Nachfolger Nicolás Maduro hat sich die Lage in Venezuela drastisch verschlechtert, was das Europäische Parlament wiederholt dazu veranlasst hat, eine Stellungnahme abzugeben.

Im Jahr 2017, also während der achten Wahlperiode, wurde der Sacharow-Preis für geistige Freiheit der demokratischen Opposition Venezuelas verliehen. Im Juni 2018 wurde zudem eine Ad-hoc-Delegation in die an den Grenzen zu Venezuela liegenden Städte Cúcuta (Kolumbien) und Boa Vista (Brasilien) entsandt, um die Lage der venezolanischen Migranten in diesen Ländern zu bewerten. Mit demselben Ziel wurde im März 2019 eine weitere Ad-hoc-Delegation in die Städte Lima und Tumbes (Peru) entsandt.

Das Europäische Parlament stellte ferner eine Delegation ab, die sich der EU-Wahlbeobachtungsmission zu den Regional- und Kommunalwahlen in Venezuela vom 21. November 2021 anschloss. Dem [Abschlussbericht](#) der EU-Wahlbeobachtungsmission zufolge sind diese Wahlen als möglicher erster Schritt auf dem Weg zu einer breiten politischen Einigung über die Voraussetzungen zu werten, die für die Durchführung demokratischer Wahlen, die von allen Parteien akzeptiert werden, und die Förderung der Wiederherstellung der politischen Ordnung im Land erforderlich sind. In dem Bericht wurde ferner festgestellt, dass sich die Wahlbedingungen im Vergleich zu früheren Wahlen verbessert hätten, etwa aufgrund der ausgewogeneren Wahlverwaltung, der Durchführung mehrerer Prüfungen in verschiedenen Phasen der Wahl und einer umfassenderen Aktualisierung des Wählerverzeichnisses. Bei der Mission wurden jedoch auch strukturelle Schwächen festgestellt, etwa die mangelnde Rechtssicherheit, die sich im willkürlichen Ausschluss von Kandidaten äußerte, die umfangreiche Verwendung staatlicher Mittel im Wahlkampf zugunsten staatlich unterstützter Kandidaten und der ungleiche Zugang der Kandidaten zu den Medien.

Zwischen Juli 2019 und März 2024 gehörte Venezuela mit insgesamt sieben Entschließungen zu den Ländern, die am häufigsten Gegenstand von Entschließungen des Europäischen Parlaments waren. In diesen Entschließungen, die von einer großen Mehrheit der Mitglieder getragen

wurden, forderte das Europäische Parlament das Regime von Nicolás Maduro nachdrücklich auf, die demokratischen Grundsätze und die Grundrechte zu achten, alle politischen Gefangenen freizulassen, den Angriffen auf die Zivilgesellschaft und die Opposition ein Ende zu setzen und freie, transparente und faire Wahlen abzuhalten. In seiner jüngsten EntschlieÙung forderte das Europäische Parlament auch die Verschärfung der Sanktionen gegen wichtige staatliche Stellen in Venezuela, die dem Regime nahestehen.

Die Lage in Venezuela hatte auch für die DMER Priorität. Sie lud bekannte Persönlichkeiten zu ihren Sitzungen ein, etwa den ehemaligen Interimspräsidenten Juan Guaidó, die Oppositionskandidatin María Corina Machado und andere führende Politiker wie Leopoldo López Mendoza, Henrique Capriles, Oscar Figuera, Nicmer Evans oder Gerardo Blyde. Einige Mitglieder der DMER nahmen an der Wahlbeobachtungsmission des Europäischen Parlaments teil, die zu den Regional- und Kommunalwahlen Venezuelas im Oktober 2021 entsandt wurde.

Die DMER erörterte auf ihrer letzten Sitzung im April 2024 das Ergebnis der Vorwahlen der Opposition und die in Barbados angenommene grundsätzliche Einigung sowie die politische Lage im Vorfeld der für den 28. Juli 2024 anberaumten Präsidentschaftswahl. Darüber hinaus wurde im Beisein von Vertretern der internationalen Ermittlungsmission betreffend die Bolivarische Republik Venezuela eingehend auf die humanitäre Lage und die Menschenrechtsslage im Lande eingegangen, was auch die Migrationsproblematik einschloss.

## Überblick über die biregionalen Beziehungen und Ausblick auf die neue Wahlperiode (2024–2029)

Die Beziehungen zwischen der EU und dem Mercosur, wie sie sich in den letzten Jahren gestaltet haben, dürften in ihren Grundzügen in der näheren Zukunft unverändert bleiben. Daher wird die Rolle der DMER in der zehnten Wahlperiode voraussichtlich insbesondere darin bestehen, sich weiterhin mit den Verhandlungen über das Assoziierungsabkommen EU-Mercosur zu befassen und die Lage in Venezuela zu beobachten.

Zudem wird die DMER wohl die Entwicklung des Mercosur analysieren, der mit internen Spannungen zu kämpfen hat. In dieser regionalen Organisation stehen sich diejenigen gegenüber, die eine Öffnung des Handels gegenüber Drittstaaten befürworten, und diejenigen, die der Entwicklung innerhalb der Region Vorrang einräumen wollen. Darüber hinaus sollte die DMER auch dessen Kohärenz innerhalb des regionalen Rahmens prüfen, vor allem im Hinblick auf andere Organisationen, die in der Region aktiv sind (Pazifische Allianz, Prosur). Von Interesse wird auch sein, die Auswirkungen des **Beitritts Boliviens zum Mercosur** auf die Organisation zu bewerten, der sich in der neuen Wahlperiode des Europäischen Parlaments vollziehen dürfte. Zudem sollte die DMER ihre

**institutionellen Beziehungen zum Parlasur stärken** und alle denkbare politische und technische Unterstützung anbieten, damit es mehr Gewicht bei der politischen Konsolidierung des Mercosur gewinnt.

Die Delegation sollte ferner den Beziehungen zu sämtlichen Mercosur-Ländern besondere Aufmerksamkeit widmen. In Bezug auf **Brasilien** muss die DMER den neuen politischen und wirtschaftlichen Kontext berücksichtigen, der sich mit der Wahl Luiz Inácio Lula da Silvas zum Präsidenten im Herbst 2022 ergeben hat, wobei den unterschiedlichen Zuständigkeiten der DMER und der Delegation für die Beziehungen zur Föderativen Republik Brasilien Rechnung zu tragen ist. Die DMER sollte auch den Ergebnissen der Wahlen Beachtung schenken, die im Oktober 2024 in **Uruguay** und im Herbst 2025 in **Chile** stattfinden werden. Ebenso müssen die politischen und wirtschaftlichen Veränderungen in **Argentinien** nach dem Amtsantritt von Präsident Javier Milei und die etwaige politische Neuordnung nach den Nachwahlen im Jahr 2025 bewertet werden. Schließlich sollte die DMER mit Blick auf die Präsidentschaftswahl in Venezuela am 28. Juli 2024 weiterhin die ernste politische, wirtschaftliche, soziale und humanitäre Lage im Land im Auge behalten und, sofern die Umstände es zulassen, ihre Unterstützung im Bemühen um einen friedlichen Ausweg aus dieser Krise auf dem Verhandlungsweg anbieten.

Gemeinsam mit den anderen einschlägigen Delegationen sollte sich die DMER mit der Umsetzung der Schlussfolgerungen des dritten Gipfeltreffens EU-CELAC und des dazugehörigen Fahrplans, der Durchführung des Global-Gateway-Investitionsprogramms in den in die Zuständigkeit der DMER fallenden Ländern und der Vorbereitung des vierten Gipfeltreffens EU-CELAC, das 2025 in Kolumbien stattfinden soll, befassen.

## Nützliche Websites und Quellen

- Delegation des Europäischen Parlaments für die Beziehungen zum Mercosur ([DMER](#))
- [EU-Delegation in Argentinien](#)
- [EU-Delegation in Brasilien](#)
- [EU-Delegation in Paraguay](#)
- [EU-Delegation in Uruguay](#)
- [EU-Delegation in Venezuela](#)
- [Informationsblatt des Europäischen Parlaments](#) zu Lateinamerika und der Karibik
- [Liste der Entschlüsse des Europäischen Parlaments zum Mercosur](#)
- Briefing des Wissenschaftlichen Dienstes des Europäischen Parlaments mit dem Titel „[Latin America outlook: Issues to watch in 2024](#)“ (Entwicklungen in Lateinamerika: Wichtige Themen im Jahr 2024) (Februar 2024)

## Kontakt zum Sekretariat der Delegation

Sekretariat der Delegation des Europäischen Parlaments für die Beziehungen zum Mercosur:

[dmer@europarl.europa.eu](mailto:dmer@europarl.europa.eu)

Sachbearbeiter: Juan Carlos Pérez Navas

[juancarlos.pereznavas@europarl.europa.eu](mailto:juancarlos.pereznavas@europarl.europa.eu) ext. 42815